

Wichtige Informationen und Rücktrittsbelehrungen

für Zeichner der SoBestand Austria 01 | 4,125% Anleihe (ISIN AT0000A2RAT0)

Belehrung über das Rücktrittsrecht gemäß § 8 FernFinG bei Vertragsabschluss im Fernabsatz

Der Anleger kann von einem Vertrag, der ausschließlich im Fernabsatz im Sinn des Fern-Finanzdienstleistungs-Gesetzes (FernFinG) abgeschlossen wurde, ohne Angabe von Gründen binnen 14 Tagen zurücktreten. Die Frist ist jedenfalls gewahrt, wenn der Rücktritt schriftlich oder auf einem anderen, dem Empfänger zur Verfügung stehenden und zugänglichen dauerhaften Datenträger erklärt und diese Erklärung vor dem Ablauf der Frist abgesendet wird. Als Fernabsatz gilt die ausschließliche Verwendung von Kommunikationsmitteln ohne gleichzeitige körperliche Anwesenheit der Vertragspartner im Rahmen eines entsprechend organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems. Die Rücktrittsfrist beginnt mit dem Tag des Vertragsabschlusses zu laufen. Hat der Anleger die Vertragsgrundlagen und Vertriebsinformationen nach § 5 FernFinG erst nach Vertragsabschluss erhalten, beginnt die Rücktrittsfrist mit deren Erhalt.

Informationen gemäß §§ 5 und 7 FernFinG

Die SoHotel Linz GmbH mit Sitz in Wien sowie der Geschäftsanschrift Thomas-Klestil-Platz 3, 1030, ist eine im Firmenbuch unter FN 482030 v eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung (in diesem Abschnitt auch kurz die „Gesellschaft“). Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist (a) Errichtung, Betrieb und Verwaltung von Immobilien, (b) insbesondere Hotels und gastronomische Einrichtungen. Bankgeschäfte im Sinne des Bankwesengesetzes sind von der Tätigkeit der Gesellschaft ausgeschlossen.

Die Geschäftsführer der Gesellschaft sind Roland Paar, geb. 10.06.1973 und Ing. Herbert Friedl, geb. 07.08.1967. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 35.000,- und ist zur Hälfte einbezahlt. Gesellschafter der Gesellschaft sind zu 94 % die Pentagon Immobilienbesitz und Vermögensverwaltung Gesellschaft m.b.H., FN 71648 s (in diesem Abschnitt auch kurz die „Pentagon“) und zu 6 % die IFA Beteiligungs GmbH, FN 512289 t (in diesem Abschnitt auch kurz die „IFA“).

Die Gesellschaft emittiert Teilschuldverschreibungen in Form eines öffentlichen Angebots. Der Nennbetrag beträgt EUR 1.000,- pro Teilschuldverschreibung; die Mindestzeichnungssumme beträgt EUR 100.000,-. Der Ausgabepreis pro Teilschuldverschreibung ergibt sich aus der Präambel der Anleihebedingungen. Die Annahme des Anleihezeichnungsangebots erfolgt durch die Emittentin spätestens durch Übertragung der entsprechenden Schuldverschreibungen auf das in der Zeichnungserklärung ausgewiesene Wertpapierdepot des Anlegers. Zins- und Kapitalzahlungen der Emittentin erfolgen an die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger.

Alle Zahlungen in Zusammenhang mit den Teilschuldverschreibungen erfolgen gemäß Punkt 11. der Anleihebedingungen unter Beachtung der für die Gesellschaft geltenden steuerrechtlichen Bestimmungen. Die Gesellschaft und die Zahlstelle sind daher allenfalls berechtigt, sämtliche einzubehaltenden Steuern und Abgaben von den an den Anleihegläubiger auszahlenden Beträgen abzuziehen und entsprechend abzuführen. Zusätzlich können weitere Steuern, Gebühren und Abgaben anfallen. Zeichner werden angehalten, sich mit den jeweils anwendbaren steuerlichen Vorschriften vertraut zu machen und eine entsprechende steuerliche Beratung einzuholen.

Die Anleihe wird ab 30.07.2021 ausgegeben und hat eine Laufzeit bis 31.07.2025. Eine Kündigung der Teilschuldverschreibungen kann nur unter den in Punkt 13. der Anleihebedingungen angeführten Voraussetzungen erfolgen.

Die Gesellschafterinnen der Gesellschaft, die Pentagon welche einen Anteil am Stammkapital der Gesellschaft, der einer Stammeinlage im Nennbetrag von EUR 32.900,-- und somit einer Beteiligung von 94% am Stammkapital der Gesellschaft entspricht sowie die IFA, welche einen Anteil am Stammkapital der Gesellschafter, der einer Stammeinlage im Nennbetrag von EUR 2.100,-- und somit einer Beteiligung von 6% am Stammkapital der Gesellschaft entspricht, besichern, gemäß Punkt 6. der Anleihebedingungen, die Forderungen der Anleihegläubiger durch Verpfändung ihrer Geschäftsanteile an der Gesellschaft im Ausmaß von 100%.

Eine Investition in Teilschuldverschreibungen ist mit wesentlichen Risiken verbunden. Vor einer Entscheidung über den Kauf von Teilschuldverschreibungen sollten Anleger die Anleihebedingungen vollständig und sorgfältig lesen. Die Gesellschaft weist überdies darauf hin, dass in der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge kein Indikator für künftige Erträge sind.

Die Gesellschaft legt der Aufnahme von Beziehungen zu potentiellen Zeichnern vor Abschluss des Vertrags österreichisches Recht zugrunde. Die Teilschuldverschreibungen sowie sämtliche daraus resultierenden Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und der Gesellschaft bestimmen sich gemäß Punkt 17. der Anleihebedingungen nach österreichischem Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen des internationalen Privatrechts. Als Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder in Zusammenhang mit den Teilschuldverschreibungen wird gemäß Punkt 17. der Anleihebedingungen das sachlich zuständige Gericht in Wien, Innere Stadt, vereinbart; zwingende Gerichtsstände, z.B. Verbrauchergerichtsstände, werden dadurch nicht berührt.

Diese Informationen sowie die Anleihebedingungen werden potentiellen Zeichnern in deutscher Sprache übermittelt. Ebenso erfolgt die sonstige Kommunikation mit und Information von (potentiellen) Anleihegläubigern in deutscher Sprache. Besondere zusätzliche Kosten für die Benutzung von Fernkommunikationsmitteln in Zusammenhang mit dem Vertragsabschluss werden von der Gesellschaft nicht in Rechnung gestellt.

Ein Zugang zu außergerichtlichen Beschwerde- oder Schlichtungsverfahren ist nicht vorgesehen. Weiters bestehen weder ein Garantiefonds noch eine sonstige besondere Entschädigungsregelung; insbesondere unterliegen die Teilschuldverschreibungen nicht der staatlichen Einlagensicherung.

Die angeführten Informationen sind bis zur Bekanntgabe von Änderungen gültig.

Risikohinweise

Die Unternehmensanleihe „SoBestand Austria 01 | 4,125% Anleihe“ fällt unter die Ausnahme der Prospektpflicht gemäß Art 1 Abs 4 lit d) Verordnung (EU) 2017/1129. Ein den Vorschriften der Verordnung (EU) 2017/1129 und des KMG entsprechender Prospekt wird somit weder erstellt, noch geprüft, noch veröffentlicht. Die Anleihebedingungen der Schuldverschreibungen der Emittentin sind von keiner Zulassungs-, Billigungs- oder Aufsichtsbehörde in Österreich und keiner Wertpapier-, Billigungs- oder Zulassungsstelle im Ausland geprüft, gebilligt oder empfohlen worden. Die Unternehmensanleihe soll bei dem Vienna MTF, ein von der Wiener Börse AG betriebenes Multilaterales Handelssystem (MTF), einbezogen werden.

Die Forderungen der Anleihegläubiger werden durch Verpfändung der Geschäftsanteile an der Emittentin durch die Pentagon sowie die IFA im Ausmaß von 100% besichert. Es wird darauf hingewiesen, dass jede Anlage in Finanzinstrumenten und Wertpapieren mit dem Risiko des Kapitalverlusts (auch mit einem Totalverlust) verbunden ist. Insbesondere können Kursschwankungen, Zinsänderungen und Bonitätsverschlechterungen die Fähigkeit der Emittentin beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen gegenüber den Anlegern zu erfüllen. Es besteht das Risiko, dass nicht ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Zinszahlungen der Anleihe zu leisten oder um den

Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit zurückzahlen zu können. Es ist beabsichtigt, die Anleihe am, von der Wiener Börse AG betriebenen, Vienna MTF zu listen. In den Vienna MTF werden Wertpapiere einbezogen, die nicht zum amtlichen Handel zugelassen sind. Der Vienna MTF ist ein börsenregulierter Markt. Über die Höhe der Kurse entscheiden allein die Investoren mit ihren An- und Verkaufsaufträgen. Dass die Anleihe am Vienna MTF gehandelt werden kann, bietet keine Garantie für den Erfolg der Anlage. Als Anleger müssen Sie sich selbst informieren und die Chancen auf Wertzuwächse und Risiken, bis hin zum Totalverlust, abwägen. Die Wertpapiere im Vienna MTF notieren an einem Markt, an dem die EU-Vorschriften sowie die börsengesetzlichen Emittentenpflichten für geregelte Märkte, insbesondere bei den Informationspflichten, nicht vollständig gelten. Risiken bestehen weiters, aufgrund der strukturellen Nachrangigkeit der Teilschuldverschreibungen gegenüber anderen von der Emittentin und deren Tochtergesellschaften aufgenommenen Finanzierungen. Die hier aufgeführten Risiken sind nicht abschließend und können daher nicht die einzigen Risiken sein, denen die Emittentin ausgesetzt ist. Angemerkt sei, dass bei Unterdeckung des bestellten Pfands, es sich bei der begebenen Anleihe um eine Anleihe handelt, die vorbehaltlich anderslautender zwingender gesetzlicher Bestimmungen gegenüber allen gegenwärtigen oder zukünftigen besicherten, unbesicherten und nicht nachrangigen Instrumenten oder Verbindlichkeiten der Emittentin nachrangig sind. Die Emittentin ist eine Immobiliengesellschaft, die weniger als 5 Jahr besteht. Die Jahresabschlüsse der letzten zwei Jahre weisen ein negatives Eigenkapital und einen Bilanzverlust aus. Für das Jahr 2020 beträgt das negative Eigenkapital rund EUR 661.000 und der Bilanzverlust rund EUR 678.000.

Die hier aufgeführten Risiken sind nicht abschließend und können daher nicht die einzigen Risiken sein, denen die Emittentin bzw die Anleihegläubiger ausgesetzt sind.

Belehrung über das Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG bei Vertragsabschluss außerhalb der Geschäftsräumlichkeiten

Gemäß § 3 des Konsumentenschutzgesetzes (KSchG) können Verbraucher im Sinn des § 1 Abs 1 Z 2 KSchG ohne Angabe von Gründen vom Vertrag zurücktreten, wenn sie ihre Vertragserklärung weder in den vom Unternehmer für seine geschäftlichen Zwecke dauernd benützten Räumen noch bei einem von diesem dafür auf einer Messe oder einem Markt benützten Stand abgegeben haben. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrags oder danach binnen 14 Tagen erklärt werden. Das Rücktrittsrecht besteht auch dann, wenn der Unternehmer oder ein mit ihm zusammenwirkender Dritter den Verbraucher im Rahmen einer Werbefahrt, einer Ausflugsfahrt oder einer ähnlichen Veranstaltung oder durch persönliches, individuelles Ansprechen auf der Straße in die vom Unternehmer für seine geschäftlichen Zwecke benützten Räume gebracht hat. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher unter anderem nicht zu, (i) wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Unternehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrags angebahnt hat, (ii) bei Vertragserklärungen, die der Verbraucher in körperlicher Abwesenheit des Unternehmers abgegeben hat, es sei denn, dass er dazu vom Unternehmer gedrängt worden ist oder (iii) wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind.

Belehrung über das Rücktrittsrecht gemäß § 3a KSchG bei fehlendem Eintritt maßgeblicher Umstände

Nach § 3a des KSchG können Verbraucher im Sinn des § 1 Abs 1 Z 2 KSchG vom Vertrag zurücktreten, wenn Umstände, die für ihre Einwilligung maßgeblich waren und vom Unternehmer als wahrscheinlich dargestellt wurden, nicht oder nur in erheblich geringerem Ausmaß eintreten. Solche Umstände sind die erwartete Mitwirkung oder Zustimmungserklärung eines Dritten, die erforderlich ist, damit die Leistung des Unternehmers erbracht oder vom Verbraucher verwendet werden kann; sowie die Aussicht auf steuerrechtliche Vorteile oder eine öffentliche Förderung oder einen Kredit. Der Rücktritt

kann binnen einer Woche ab dem Zeitpunkt, zu dem erkennbar ist, dass diese Umstände nicht oder nur in erheblich geringerem Ausmaß eintreten, erklärt werden. Die Erklärung des Rücktritts ist bis maximal einen Monat nach vollständiger Erfüllung, bei Bank- und Versicherungsverträgen mit einer ein Jahr übersteigenden Vertragsdauer bis längstens einen Monat nach Zustandekommen des Geschäftes möglich. Die Rücktrittserklärung ist an keine bestimmte Form gebunden. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu, wenn er bereits bei den Vertragsverhandlungen wusste oder wissen musste, dass die maßgeblichen Umstände nicht oder nur in erheblich geringerem Ausmaß eintreten werden, der Ausschluss des Rücktrittsrechts im Einzelnen ausgehandelt worden ist, oder der Unternehmer sich zu einer angemessenen Anpassung des Vertrags bereit erklärt.

Form der Rücktrittserklärung und Rücktrittsfolgen

Der Rücktritt des Anlegers bedarf keiner bestimmten Form. Es ist ausreichend, wenn die Rücktrittserklärung vom Anleger innerhalb der angeführten Zeiträume abgesendet wird. Schriftliche Rücktrittserklärungen sind an die SoHotel Linz GmbH, Thomas-Klestil-Platz 3, 1030 Wien (nachfolgend die „Emittentin“), zu richten. Als Muster dient das unter [https://www.ifainvest.at/upload/images/projekte/downloads/Muster Ruecktrittsformular 18.pdf](https://www.ifainvest.at/upload/images/projekte/downloads/Muster_Ruecktrittsformular_18.pdf) abrufbare Muster-Rücktrittsformular. Nach einem wirksamen Rücktritt besteht keine Einzahlungsverpflichtung. Sollte eine Einzahlung bereits erfolgt sein, wird diese rückabgewickelt, wobei im Gegenzug vom Anleger allenfalls gezogene Nutzungen (wie z.B. Zinszahlungen) herauszugeben sind.

Datenschutz und Datenverarbeitung

Ich erteile meine ausdrückliche Zustimmung, dass meine Angaben und personenbezogenen Daten, nämlich:

- **Vorname und Nachname sowie Anrede und Titel**
- **Anschrift**
- **E-Mail-Adresse**
- **Geburtsdatum**
- **Geburtsort**
- **Nationalität**
- **Familienstand**
- **Telefonnummer**
- **Beruf (inkl Branche)**
- **Kenntnisse & Erfahrungen**
- **Depotdaten (IBAN, BIC, Depotnummer)**
- **Ausweiskopie bzw Legitimationsdaten**

die im Rahmen der Zeichnung, Beratung, Vermittlung, Abwicklung, etc. der Teilschuldverschreibungen durch die Emittentin, die IFA Invest GmbH bzw DonauCapital Wertpapier GmbH und die Wiener Privatbank SE als Zahlstelle erhoben werden, gespeichert, verarbeitet, verwendet und wechselseitig weitergegeben werden dürfen. Es erfolgt keine Weitergabe der Daten an andere Dritte ohne ausdrückliche Zustimmung des Anlegers. Diese Einverständniserklärung kann vom Anleger jederzeit widerrufen werden.

Nutzerrechte:

Auskunftsrecht (Art 15 DSGVO): Der Nutzer hat das Recht, von der Emittentin eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob personenbezogene Daten verarbeitet werden. Darüber hinaus hat der Nutzer das Recht weitere Informationen über die konkreten Verarbeitungszwecke, Kategorien

personenbezogener Daten, Empfänger oder Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten, Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Löschung oder Berichtigung seiner personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung und das Widerspruchsrecht, das Bestehen eines Beschwerderechts sowie hinsichtlich aller verfügbaren Informationen über die Herkunft seiner Daten zu erfragen.

Recht auf Berichtigung (Art 16 DSGVO): Der Nutzer hat das Recht, von der Emittentin unverzüglich die Berichtigung seiner personenbezogenen Daten zu verlangen. Dieses Recht umfasst die Berichtigung unrichtiger Daten und die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten.

Recht auf Löschung (Art 17 DSGVO): Der Nutzer hat das Recht, von der Emittentin unverzüglich die Löschung seiner personenbezogenen Daten zu verlangen, sofern die in Art 17 Abs 1 lit a bis f DSGVO festgesetzten Gründe (zB der Zweck für die Verarbeitung ist nicht mehr gegeben) vorliegen und die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten nicht erforderlich ist.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art 18 DSGVO): Unter den in Art 18 DSGVO genannten Fällen (zB Unrichtigkeit der verarbeiteten personenbezogenen Daten, Unrechtmäßigkeit der Verarbeitung, etc) hat der Nutzer ferner das Recht, von der Emittentin die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Art 20 DSGVO): Der Nutzer hat das Recht, die ihn betreffenden personenbezogenen Daten, die er der Emittentin bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen Format zu erhalten und von der Emittentin zu verlangen, dass die Emittentin diese Daten einem anderen Verantwortlichen übermittelt.

Widerspruchsrecht (Art 21 DSGVO): Der Nutzer hat das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten, die im Rahmen dieser Website verarbeitet werden, zu widersprechen.

Widerruf von Einwilligungserklärungen (Art 7 DSGVO): Der Nutzer hat die Möglichkeit, einmal erteilte Einwilligungen jederzeit gegenüber der Emittentin zu widerrufen.

Beschwerderecht: Darüber hinaus kann der Nutzer jederzeit eine Beschwerde richten an die Österreichische Datenschutzbehörde,

Österreichische Datenschutzbehörde

Barichgasse 40-42

1030 Wien

Telefon: +43 1 521 52-25 69

E Mail: dsb@dsb.gv.at

Zur Ausübung seiner Betroffenenrechte – mit Ausnahme des Beschwerderechts an die Österreichische Datenschutzbehörde – kann der Nutzer einen Brief senden an: SoHotel Linz GmbH, Thomas-Klestil-Platz 3, 1030 Wien. Alternativ kann sich der Nutzer per Email an datenschutz@ifa.at wenden.

Sicherheit und Vertraulichkeit:

Die Emittentin setzt umfangreiche Schutzmaßnahmen technischer und organisatorischer Art ein, um einen Datenverlust oder -missbrauch, insbesondere durch Datenverlust durch unautorisierte Löschung, Systemausfälle, unbefugte Modifikation oder Weitergabe von vertraulichen Informationen zu vermeiden. Diese werden dem aktuellen Stand der Technik jeweils entsprechend angepasst.

Die Emittentin trifft unter Berücksichtigung des Stands der Technik, der Implementierungskosten und der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung sowie der

Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere des Risikos für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen angemessene technische und organisatorische Maßnahmen im Sinne von Art 32 DSGVO.

In diesem Sinne werden ua folgende Maßnahmen ergriffen, um die Daten der Nutzer zu schützen und gegen Verlust, Zerstörung, Zugriff, Veränderung und Verbreitung durch unbefugte Personen zu sichern:

- Sicherstellung der Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Belastbarkeit der Systeme und Dienste im Zusammenhang mit der Verarbeitung;
- Sicherstellung einer raschen Wiederherstellung der Verfügbarkeit von personenbezogenen Daten bei einem physischen oder technischen Zwischenfall;
- Implementierung von Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahme zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung.

Die Emittentin übernimmt keine Haftung für die Offenlegung von Informationen aufgrund nicht von der Emittentin verursachten bzw der Emittentin zurechenbaren Fehlern bei der Datenübertragung und/oder unautorisiertem Zugriff durch Dritte.

Ich bestätige hiermit ausdrücklich, dass ich die Belehrung über Rücktrittsrechte und Rücktrittsfolgen, insbesondere nach dem Konsumentenschutz-, und dem Fern-Finanzdienstleistungs-Gesetz, erhalten habe und mir eine Ausfertigung dieser Belehrung ausgefolgt wurde.

Zustimmung zur vorzeitigen Vertragserfüllung

Ich stimme hiermit ausdrücklich zu, dass mit Erfüllung des Vertrags (Investitionsgeschäft) bereits vor Ablauf des 14 – tägigen Rücktrittsrechts begonnen werden kann und das Rücktrittsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung erlischt.

Wichtige Informationen und Rücktrittsbelehrungen

im Zusammenhang mit der Anlagenvermittlung der IFA Invest GmbH als vertraglich gebundener Vermittler der DonauCapital Wertpapier GmbH

IFA Invest GmbH

FN 475719 m
Grillparzerstraße 18-20
4020 Linz
Tel.: +43 732 66 08 47-7070
Fax.: +43 732 66 08 47-66
E-Mail: service@ifainvest.at

Geschäftsführer:

Michael Feichtinger
Grillparzerstraße 18-20
4020 Linz

Gunther Hingsammer
Grillparzerstraße 18-20
4020 Linz

im folgenden „**Vermittler**“

Der Vermittler erbringt seine Dienstleistungen im Rahmen der Anlagevermittlung gemäß § 1 Abs 1a Satz 2 Nr 1 des deutschen Kreditwesengesetzes (KWG) in offener Stellvertretung als vertraglich gebundener Vermittler gemäß § 2 Abs 10 KWG ausschließlich auf Rechnung und unter Haftung der DonauCapital Wertpapier GmbH, Passauer Str. 5, D-94161 Ruderting (nachfolgend „**DC**“). Der Vermittler darf keine weiteren Finanzdienstleistungen im Sinne von § 1 Abs 1a KWG erbringen.

Der Vermittler ist als vertraglich gebundener Vermittler der DC in die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bzw Österreichischen Finanzmarktaufsicht geführten öffentlichen Register eingetragen. Die Register können jeweils eingesehen werden auf www.fma.gv.at und www.bafin.de.

Die DC ist ein Finanzdienstleistungsinstitut und unterliegt der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn und Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt. Alle vertraglich gebundenen Vermittler der DC sind in Deutschland/Österreich registriert. Die Kommunikation findet in deutscher Sprache direkt im persönlichen Gespräch oder per Post, Telefon, Telefax oder E-Mail und andere elektronische Kommunikationswege statt. Sämtliche Informationsmaterialien, Formulare und Schriftstücke stehen Ihnen in deutscher Sprache zur Verfügung. Auftragserteilungen im Hinblick Auf Finanzinstrumente könne nicht telefonisch erfolgen.

Kontakt bitte über den Vermittler (Angaben oben) oder direkt:

Haftungsdach:

DonauCapital Wertpapier GmbH
Passauer Str. 5
94161 Ruderting
Geschäftsführer: Kurt Ziegler und Roland Wagner

Tel.: +49 (0) 8509-910-955
Fax.: +49 (0) 8509-910-917
E-Mail: ziegler@donaucapital.com
wagner@donaucapital.com
Internet: www.donaucapital.com
Registergericht: Amtsgericht München, HRB 221691
Steuernummer: 153/124/70796

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn und Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt
Tel.: +49 (0) 228-4108-0
Fax.: +49 (0) 228- 4108-1550
E-Mail: poststelle@bafin.de
www.bafin.de

Belehrung über das Rücktrittsrecht gemäß § 8 FernFinG bei Vertragsabschluss im Fernabsatz

Der Kunde kann von einem Vertrag, der ausschließlich im Fernabsatz im Sinn des Fern-Finanzdienstleistungs-Gesetzes (FernFinG) abgeschlossen wurde, ohne Angabe von Gründen binnen 14 Tagen zurücktreten. Die Frist ist jedenfalls gewahrt, wenn der Rücktritt schriftlich oder auf einem anderen, dem Empfänger zur Verfügung stehenden und zugänglichen dauerhaften Datenträger erklärt und diese Erklärung vor dem Ablauf der Frist abgesendet wird. Als Fernabsatz gilt die ausschließliche Verwendung von Kommunikationsmitteln ohne gleichzeitige körperliche Anwesenheit der Vertragspartner im Rahmen eines entsprechend organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems. Die Rücktrittsfrist beginnt mit dem Tag des Vertragsabschlusses zu laufen. Hat der Kunde die Vertragsgrundlagen und Vertriebsinformationen nach § 5 FernFinG erst nach Vertragsabschluss erhalten, beginnt die Rücktrittsfrist mit deren Erhalt.

Mit ausdrücklicher Zustimmung des Kunden kann mit der Vertragserfüllung bereits innerhalb der dem Kunden zustehenden 14 tägigen Rücktrittsfrist ab Vertragsabschluss begonnen werden. Das Rücktrittsrecht besteht nicht mehr für Verträge, die mit ausdrücklicher Zustimmung des Kunden von beiden Seiten bereits voll erfüllt wurden, bevor der Kunde sein Rücktrittsrecht ausübt.

Informationen gemäß §§ 5 und 7 FernFinG

Die DonauCapital Wertpapier GmbH mit dem Sitz in Ruderting und der Geschäftsanschrift Passauer Str. 5, 94161 Ruderting, ist eine beim Amtsgericht München unter der Registriernummer HRB 221691 eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung (in diesem Abschnitt auch kurz die „Gesellschaft“). Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Finanzdienstleistungen, für die die erforderliche Erlaubnis der BaFin besteht (Anlagevermittlung und Anlageberatung). Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird durch Kurt Ziegler und Roland Wagner besetzt.

DC bietet Ihren Kunden die nachfolgenden Finanzdienstleistungen, für die ihr die Erlaubnis der BaFin erteilt wurden:

- Anlageberatung im Sinne des § 1 Abs 1a S 2 Nr 1a KWG
- Anlagevermittlung im Sinne § 1 Abs 1a S 2 Nr 1 KWG

Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die Finanzdienstleistungen der DC und deren Vertreter auf Finanzinstrumente beziehen kann, die wegen ihrer spezifischen Merkmale oder der durchzuführenden Vorgänge mit speziellen Risiken behaftet sind oder deren Preis Schwankungen auf dem Finanzmarkt unterliegt, auf die die DC keinen Einfluss hat, und dass in der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge kein Indikator für künftige Erträge sind.

Weitere Informationen entnehmen Sie den Vertragsbedingungen und Vertriebsinformationen der DC.

Belehrung über das Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG bei Vertragsabschluss außerhalb der Geschäftsräumlichkeiten

Gemäß § 3 des Konsumentenschutzgesetzes (KSchG) können Verbraucher im Sinn des § 1 Abs 1 Z 2 KSchG ohne Angabe von Gründen vom Vertrag zurücktreten, wenn sie ihre Vertragserklärung weder in den vom Unternehmer für seine geschäftlichen Zwecke dauernd benützten Räumen noch bei einem von diesem dafür auf einer Messe oder einem Markt benützten Stand abgegeben haben. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrags oder danach binnen 14 Tagen erklärt werden. Das Rücktrittsrecht besteht auch dann, wenn der Unternehmer oder ein mit ihm zusammenwirkender Dritter den Verbraucher im Rahmen einer Werbefahrt, einer Ausflugsfahrt oder einer ähnlichen Veranstaltung oder durch persönliches, individuelles Ansprechen auf der Straße in die vom Unternehmer für seine geschäftlichen Zwecke benützten Räume gebracht hat. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher unter anderem nicht zu, (i) wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Unternehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrags angebahnt hat, (ii) bei Vertragserklärungen, die der Verbraucher in körperlicher Abwesenheit des Unternehmers abgegeben hat, es sei denn, dass er dazu vom Unternehmer gedrängt worden ist oder (iii) wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind.

Belehrung über das Rücktrittsrecht gemäß § 3a KSchG bei fehlendem Eintritt maßgeblicher Umstände

Nach § 3a des KSchG können Verbraucher im Sinn des § 1 Abs 1 Z 2 KSchG vom Vertrag zurücktreten, wenn Umstände, die für ihre Einwilligung maßgeblich waren und vom Unternehmer als wahrscheinlich dargestellt wurden, nicht oder nur in erheblich geringerem Ausmaß eintreten. Solche Umstände sind die erwartete Mitwirkung oder Zustimmungserklärung eines Dritten, die erforderlich ist, damit die Leistung des Unternehmers erbracht oder vom Verbraucher verwendet werden kann; sowie die Aussicht auf steuerrechtliche Vorteile oder eine öffentliche Förderung oder einen Kredit. Der Rücktritt kann binnen einer Woche ab dem Zeitpunkt, zu dem erkennbar ist, dass diese Umstände nicht oder nur in erheblich geringerem Ausmaß eintreten, erklärt werden. Die Erklärung des Rücktritts ist bis maximal einen Monat nach vollständiger Erfüllung, bei Bank- und Versicherungsverträgen mit einer ein Jahr übersteigenden Vertragsdauer bis längstens einen Monat nach Zustandekommen des Geschäftes möglich. Die Rücktrittserklärung ist an keine bestimmte Form gebunden. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu, wenn er bereits bei den Vertragsverhandlungen wusste oder wissen musste, dass die maßgeblichen Umstände nicht oder nur in erheblich geringerem Ausmaß eintreten werden, der Ausschluss des Rücktrittsrechts im Einzelnen ausgehandelt worden ist, oder der Unternehmer sich zu einer angemessenen Anpassung des Vertrags bereit erklärt.

Form der Rücktrittserklärung und Rücktrittsfolgen

Der Rücktritt des Kunden bedarf keiner bestimmten Form. Es ist ausreichend, wenn die Rücktrittserklärung vom Kunden innerhalb der angeführten Zeiträume abgesendet wird. Schriftliche Rücktrittserklärungen sind an die DonauCapital Wertpapier GmbH, Passauer Str. 5, 94161 Ruderting,

zu richten. Als Muster dient das unter https://www.ifainvest.at/upload/images/projekte/downloads/Muster_Ruecktrittsformular_18.pdf abrufbare Muster-Rücktrittsformular. Nach einem wirksamen Rücktritt besteht keine Einzahlungsverpflichtung im Zusammenhang mit dem vermittelten Investitionsgeschäft. Sollte eine Einzahlung bereits erfolgt sein, wird diese rückabgewickelt, wobei im Gegenzug vom Kunden allenfalls gezogene Nutzungen (wie z.B. Zinszahlungen) herauszugeben sind.

Datenschutz und Datenverarbeitung

Ich erteile meine ausdrückliche Zustimmung, dass meine Angaben und personenbezogenen Daten, nämlich:

- **Vorname und Nachname sowie Anrede und Titel**
- **Anschrift**
- **E-Mail-Adresse**
- **Geburtsdatum**
- **Geburtsort**
- **Nationalität**
- **Familienstand**
- **Telefonnummer**
- **Beruf (inkl Branche)**
- **Kenntnisse & Erfahrungen**
- **Depotdaten (IBAN, BIC, Depotnummer)**
- **Ausweiskopie bzw Legitimationsdaten**

die im Rahmen der Zeichnung, Beratung, Vermittlung, Abwicklung, etc. der Teilschuldverschreibungen durch die Emittentin, die IFA Invest GmbH bzw DonauCapital Wertpapier GmbH und Wiener Privatbank SE als Zahlstelle erhoben, gespeichert, verarbeitet, verwendet und wechselseitig weitergegeben werden dürfen. Es erfolgt keine Weitergabe der Daten an andere Dritte ohne ausdrückliche Zustimmung des Anlegers. Diese Einverständniserklärung kann vom Anleger jederzeit widerrufen werden.

Informationen über die Rechte der Betroffenen und weitere Bestimmungen zum Datenschutz sind in der Datenschutzerklärung enthalten und können unter <https://www.ifainvest.at/content/de/meta-datenschutz/> abgerufen werden.

Ich bestätige hiermit ausdrücklich, dass ich die Belehrung über Rücktrittsrechte und Rücktrittsfolgen, insbesondere nach dem Konsumentenschutz-, und dem Fern-Finanzdienstleistungs-Gesetz, erhalten habe und mir eine Ausfertigung dieser Belehrung ausgefolgt wurde.

Zustimmung zur vorzeitigen Vertragserfüllung

Ich stimme hiermit ausdrücklich zu, dass mit Erfüllung des Vertrags (Anlagenvermittlung) bereits vor Ablauf des 14 – tägigen Rücktrittsrechts begonnen werden kann und das Rücktrittsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung erlischt.

Muster-Rücktrittsformular

Rücktrittsformular

(Wenn Sie vom Vertrag zurücktreten wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück)

-An

SoHotel Linz GmbH

Thomas-Klestil-Platz 3

1030 Wien

Tel.: +43 716900

Fax: +43 7169020

E-Mail: sobestand1@ifainvest.at

Hiermit trete(n) ich/wir (*) von der abgegebenen Zeichnungserklärung betreffend die SoBestand Austria 01 | 4,125% Anleihe zurück.

-Gezeichnet am [DATUM]

-Name des/der Verbraucher(s)

-Anschrift des/der Verbraucher(s)

-Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier)

-Datum

(*) Unzutreffendes streichen.